



BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

A-1012 Wien, Stubenring 1: Präsidialsektion, Sektion I, Sektion II, Sektion III, Buchhaltung, Tel. 0222/7500 DW

A-1012 Wien, Stubenring 12: Sektion IV, Sektion V, Abt. III B 7, III B 9, III B 11, Tel. 0222/51510 DW

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

Zl. 30 GE 987

Datum: 29. JULI 1987

3. AUG. 1987

Dr. Eder  
Wien, am 20. Juli 1987

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl  
Ihre Nachricht vom

Unsere Geschäftszahl

11.819/27-I1/87

Sachbearbeiter/Klappe

Dr. Eder-Paier/6689

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Sonderabfallgesetz geändert wird;  
Begutachtungsverfahren

./.. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft übermittelt dem  
Präsidium des Nationalrates 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des  
Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft zum Entwurf eines  
Bundesgesetzes, mit dem das Sonderabfallgesetz geändert wird, zur  
gefälligen Kenntnisnahme.

Für den Bundesminister:

i.V. Dr. H a n c v e n c l

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

Deutner

Bitte führen Sie unsere Geschäftszahl in Ihrer Antwort an!



## REPUBLIK ÖSTERREICH

## BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

A-1012 Wien, Stubenring 1: Präsidialsektion, Sektion I, Sektion II, Sektion III, Buchhaltung, Tel. 0222/7500 DW  
A-1012 Wien, Stubenring 12: Sektion IV, Sektion V, Abt. III B 7, III B 9, III B 11, Tel. 0222/51510 DW

An das  
Bundesministerium für Umwelt,  
Jugend und Familie

Radetzkystraße 2  
1031 Wien

Wien, am 20. Juli 1987

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl  
Ihre Nachricht vom

Unsere Geschäftszahl

Sachbearbeiter/Klappe

11.819/27-I1/87

Dr. Monika Eder-Paier/6689

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Sonderabfallgesetz geändert wird;

Begutachtungsverfahren

zu Zl. I-31.035/20-III/87

Zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Sonderabfallgesetz  
geändert wird, nimmt das Bundesministerium für Land- und Forstwirt-  
schaft Stellung wie folgt:

Zu Art. 1 Z 2 lit. a:

Es sollte "allgemeinbildender Schulen" statt "allgemein bildender  
Schulen" heißen.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ersucht das  
Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie neuerlich zu prüfen,  
ob in das Sonderabfallgesetz nicht eine Verordnungsermächtigung zur  
Möglichkeit der Festlegung von Schwermetallgrenzwerten für Klär-  
schlamm aufgenommen werden sollte, bei deren Überschreiten Klärschlamm  
jedenfalls Sonderabfall wäre, da die Beseitigung dieses Klärschlammes  
im öffentlichen Interesse läge.

Bitte führen Sie unsere Geschäftszahl in Ihrer Antwort an!

- 2 -

Die Anwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Im Hinblick auf die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit bzw. um zu vermeiden, daß Schadstoffe über die Nahrungsmittelkette angereichert werden, wäre eine bundeseinheitliche Regelung dringend erforderlich. Nicht in allen Bundesländern gibt es bereits Klärschlamm- oder Bodenschutzgesetze, die eine Grenzwertfestlegung ermöglichen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden dem Präsidium des ./. Nationalrates übermittelt.

Für den Bundesminister:  
i.V. Dr. H a n c v e n c l

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Reuber*